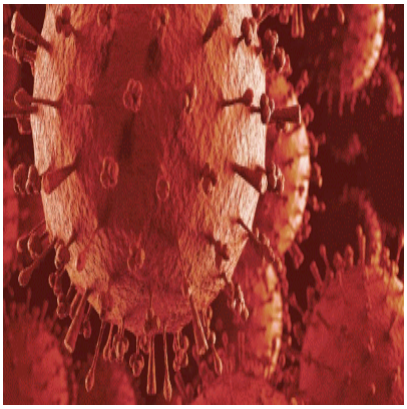

Lockdown 2.0

Description

Am kommenden Montag beginnt die zweite Ausgabe eines Corona-bedingten Lockdowns. Für vier Wochen müssen erneut alle Freizeit- und Unterhaltungseinrichtungen schließen. Anders als im Frühjahr dürfen Friseure offen bleiben. Hier kann anscheinend die Abstandsregel eingehalten werden und außerdem – wenn man schon in Kürze von Corona dahingerafft ins Grab sinkt, dann wenigstens ordentlich frisiert.

Natürlich bleiben alle Geschäfte geöffnet, damit der Konsument angesichts der drohenden Weihnachtszeit seiner vornehmsten Aufgabe weiter nachkommen kann. Seine Freizeit kann man schließlich auch im Internet verbringen, sehr zum Vorteil der großen Tech-Konzerne mit ihren luftigen Bewertungen und ihren niedrigen Steuersätzen. Wozu braucht es da noch Theater, Kino und Konzerte? Weg damit. Und essen kann man sich über die Straße holen. Lokale, wo man ja andere treffen könnte, um sich über die neuesten Angriffe auf die demokratischen Rechte auszutauschen, sind sowieso kontraproduktiv. Bei alldem hat man in Berlin längst zugestanden, dass Freizeiteinrichtungen im allgemeinen keine Ansteckungsherde sind.

Begründet wird das alles mit täglich neuen Rekord-Meldungen hinsichtlich Neu-Infektionen mit SARS-Cov2 und mit der Aussage, dass eine nationale Notlage im Gesundheitswesen droht. Das Not-Kabinett will den Krieg gegen unseren gemeinsamen Feind Corona gewinnen. Der hat nun sogar unseren obersten Feldherrn namens Spahn attackiert. Das macht es nur noch schlimmer.

Corona-Viren existieren schon Millionen von Jahren. Bisher waren sie v.a. bei Tieren unterwegs, die daran gewöhnlich nicht (mehr) schwer erkranken. Der Übersprung zum Menschen wurde wohl dadurch begünstigt, dass Menschen und Tiere immer enger zusammenrücken (z.B. Massentierhaltung). Das Virus wird nicht verschwinden. Viel schlimmer: Man kann noch nicht mal mit ihm verhandeln, wie Drosten kürzlich zu recht festgestellt hat. Und das ist ja wirklich blöd.

Wenn es das Ziel des staatlichen Handelns ist, das Virus auszurotten, dann „gute Nacht“. Das bedeutet permanente Zwangsmaßnahmen einschließlich Zwangsimpfung der Weltbevölkerung mit einem Impfstoff, der in seinem Wirkmechanismus absolut neu ist und demzufolge über Jahre getestet werden müsste. In sich ist das Regierungshandeln logisch.

Damit die Bürger die Einschränkung von bürgerlichen Freiheitsrechten auf Dauer hinnehmen, wird ein Feindbild benötigt, das das gesamte gesellschaftliche Leben durchdringt. Solches gab es in der Geschichte immer wieder. Ich denke etwa an die Nazis, die vom „großen Geld“ finanziert seinerzeit den Juden als DEN

Feind ausgerufen haben, der vernichtet werden muss, koste es was es wolle.

Wenn man zu sehr in die eine Richtung starrt, läuft man Gefahr zu übersehen, was in einer anderen Ecke passiert. So konnten die USA beispielsweise in der Zeit des „Kalten Kriegs“, als die westliche Bevölkerung eingeschworen wurde auf den gemeinsamen Feind im Osten, lange Zeit unbehelligt Kontakte zu den korruptesten Regimes auf der Welt etablieren und in Fern-Ost Kriege führen, während alle vor dem „Russen“ zitterten. Und aktuell sollte man sich fragen, wohin wir gesellschaftlich steuern.

Wie wir aus der Geschichte wissen, kosten solche Phasen des kollektiven, engen Fokus auf ein Feindbild oft Millionen Menschen das Leben. Vergleichbar wenig andere profitieren davon.

Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg mit ihrem anti-Ostblock-Fokus ist insofern untypisch, als das Hochhalten demokratischer Merkmale im Westen gerade zur Propaganda gegen die Unrechtsregimes im Osten gehörte. Das hat wohl zu einem „Gewöhnungseffekt“ geführt, man sieht die bürgerlichen Freiheiten heute als so selbstverständlich an, dass ein Kampf für deren Erhalt unnötig scheint.

Umso eher lässt man sich dann womöglich täuschen durch die im Hintergrund aufgebaute Alternative „Gesundheit oder Freiheit“. Auch wenn als spontane Antwort „Gesundheit“ nahe liegt, muss man sich darüber klar werden, dass man damit gleichzeitig „Nein“ zur Freiheit sagt. Der richtige Weg liegt dazwischen – sachliche, streitige Aufklärung und eigenverantwortliches Handeln.

Staatliche Zwangsmaßnahmen werden mittlerweile von immer mehr medizinischen Fachleuten kritisiert. Die Zweifel an der Wirksamkeit einzelner Verbote zur Verhinderung der Ausbreitung des Virus mehren sich (oder werden immer offener geäußert).

In einem Papier der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) wird mit Unterstützung durch die Virologen Streeck und Schmidt-Chanasit ein Strategiewechsel gefordert. Mittlerweile haben eine Reihe von Ärzteverbänden unterschrieben, sie vertreten zusammengenommen die Interessen von ungefähr 200.000 Ärzten. Gefordert wird eine Abkehr davon, mit düsterer Miene apokalyptische Bedrohungsszenarien aufzuzeigen. In dem Papier heißt es u.a., ein pauschaler Lockdown sei weder zielführend noch umsetzbar, es müsse darum gehen, die Bevölkerung durch Gebote statt durch Verbote mitzunehmen. „Wer glaubt, dass es nützt, wenn wir uns jetzt kurz am Riemen reißen, der irrt. Wir werden noch Jahre mit dem Virus zu tun haben. Wir müssen uns auf einen Marathon vorbereiten,“ so etwa Streeck.

Der allgegenwärtige, stärker werdende Unmut ist auch bei den Parlamenten angekommen. Im Bundestag wird mittlerweile lamentiert, man fühle sich zu wenig eingebunden in die Entscheidungsprozesse. Die Parlamentarier scheinen vergessen zu haben, dass sie sich selbst ins Abseits geschossen haben. Ende März haben sie dem obersten Feldherrn Spahn weitgehende Machtbefugnisse nach dem novellierten Infektionsschutzgesetz so lange übereignet, „bis ein Impfstoff gefunden ist“.

Wie sich die Zeiten ändern: Früher waren brachiale Mittel zur Untermauerung des jeweiligen Feindbildes erforderlich. Heute, zur Untermauerung des aktuellen Feindbildes „Corona“, reicht der PCR-Test. Und das gleichgeschaltete Getrommel der großen Medien, flankiert durch Zensurmethoden und moderne Schrifttumskammern. Natürlich geschieht alles „im Interesse aller“.

Der PCR-Test ist Thema eines weiteren Artikels.

Anmerkung:
Der neuerliche Lockdown wird auch mit dem Drohen einer akuten nationalen Gesundheitnotlage begründet. Prof. Kuhbandner hat sich die zugrundeliegenden Daten angesehen, die beschriebenen Befunde legen nahe, dass in Wirklichkeit keine nationale Gesundheitsnotlage droht: „Droht tatsächlich eine akute nationale Gesundheitsnotlage?“.

Nachträge:
(1.1.20) Die WHO hat eine Studie von John Ioannidis mit dem Titel: „Infection fatality rate of COVID-19 inferred from seroprevalence data“ publiziert.
Ioannidis hatte schon im März davor gewarnt, dass sich die als Jahrhundert-Pandemie bezeichnete Corona-Seuche auch als ein Jahrhundert-Fiasko erweisen könnte. Er hatte seinerzeit schon eine Infektionssterblichkeitsrate (IFR) zwischen 0,025% und 0,625% erwartet.
Gemäß seiner neuen Studie liegt die Corona-IFR bei 0,23% (Median über 51 Gebiete weltweit) – und damit im Bereich dessen, was bei einer mittelschweren Grippe zu erwarten ist. Das Durchschnittsalter der „Corona-Toten“ entspricht der jeweiligen nationalen Lebenserwartung. Ioannidis übernimmt die Zahl der amtlichen Corona-Toten, den Zähler der IFR. Da weithin bekannt ist, dass diese Zahl deutlich zu hoch gegriffen ist (z.B. wird in Deutschland jeder Todesfall innerhalb von 28 Tagen nach einem positiven PCR-Test als von Corona verursacht gezählt), ergibt sich im Endeffekt wohl eine IFR, die im Bereich einer leichten Grippe liegt.
RKI-Chef Wieler und Regierungsberater Drosten sehen Corona rund fünfmal tödlicher an als Grippe, nämlich mit einer IFR bei etwa einem Prozent.
John Ioannidis ist an der Stanford University School of Medicine Professor für Medizin, Epidemiologie, Bevölkerungsgesundheit. Er gehört aktuell zu den zehn meistzitierten Wissenschaftlern der Welt, heißt es.

(5.11.20) Ich möchte auf den Artikel von Norbert Hering verweisen: “Was ist los im Berchtesgadener Land? “. Er befasst sich chronologisch mit der Geschichte dieses Lockdowns, dessen Zweck Hering v.a. darin sieht, dass ein Exempel statuiert werden soll.
Hinsichtlich PCR-Test kommt er zu dem Schluss: „Weiterhin und immer stärker gilt jedoch die zweite Schlussfolgerung, dass der allein auf positiven PCR-Tests beruhende Inzidenzwert eine sehr geringe Aussagekraft über die Gefahr eines Gesundheitsnotstands besitzt. Im Kreis mit dem wochenlang rekordhohen Inzidenzwert sind weiterhin nur 23 Menschen im Krankenhaus, davon vier in Intensivbehandlung. Letzteres sind einer auf 30.000 Einwohner, praktisch gleichauf mit der Situation im Bundesgebiet. Wenn die 7-Tage-Indizidenz so wichtig und 50 tatsächlich ein kritischer Wert wäre, sollte Schlimmeres passiert sein, wenn der Wert in Berchtesgaden seit einem Monat über 200, über längere Zeiträume auch über 300 liegt. Die Krankenhaussituation sollte deutlich schlimmer sein als im Bundesgebiet, wo die 7-Tage-Inzidenz im Durchschnitt sehr viel niedriger war.“